

## Emmen und die Demokratie

*Christoph Mörgeli, Historiker und SVP-Nationalrat*

Die Luzerner Vorortgemeinde Emmen kommt nicht aus den Schlagzeilen. Nachdem sie schon vor Monaten Medienprügel für negative Einbürgerungsentscheide erhalten hat, steht die dortige Bevölkerung erneut am Pranger. Auch am 2. Dezember wurden nämlich fast sämtliche Einbürgerungsgesuche von Menschen aus dem Balkan abgelehnt. Dies liegt möglicherweise daran, dass die Emmener andere Massstäbe ans demokratische Empfinden künftiger Mitbürger legen als etwa das Departement Metzler. Die Zwangsverheiratung Jugendlicher und die Unterwerfung der Frau unter den Mann sind in der Schweiz nun einmal nicht landesüblich.

Mindestens so bemerkenswert wie das Abstimmungsresultat selbst sind die Reaktionen aus Politik und Presse. Der Gemeinderat von Emmen trat gleichentags an die Öffentlichkeit und verkündete, dass Urnenabstimmungen über Einbürgerungen in einer Gemeinde wie Emmen nicht praktikabel seien. Gerade einmal zwei Jahre nach der Einführung will der Gemeinderat seinen Wählern das Mitbestimmungsrecht bei Einbürgerungen wieder entziehen.

Klar wird durch dieses Ansinnen vor allem eines: was Funktionärspolitiker vom Souverän halten. Solange das Volk willig zustimmt, nimmt man die Demokratie in Kauf. Widersetzt sich das Volk aber diesem Kopfnicker-Ritual, wird es unverzüglich abgemahnt und abgestraft. Wie immer, wenn Ratlosigkeit und Inkompetenz vorherrschen, soll es eine Kommission jetzt richten. In diesem Fall eine Bürgerrechtskommission, die quasi als Vormundschaft des Volkes die Einbürgerungsgesuche behandelt.

Flankiert wird dieser Plan von der „Neuen Luzerner Zeitung“. Bezeichnenderweise steht dort, dass der Gemeinderat "Respekt" verdiene für diesen "Tabubruch". Damit kann nur gemeint sein, dass wir Respekt vor der Respektlosigkeit haben sollen. Denn dieser "Tabubruch" heisst nichts anderes als die Missachtung eines demokratischen Aktes. Sollte bei den nächsten Wahlen der Gemeinderat die verdiente Quittung dafür erhalten, wird es niemanden wundern, wenn dann der Ruf nach einer Wahlkommission laut würde, die anstelle der Bürger über die Besetzung des Gemeinderates zu befinden hätte.